

10.6.2008

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



Auf die Straße: Für unsere Versammlungsfreiheit! Verhindern wir das geplante bayerische Versammlungsgesetz!



Am Montag, 26. April 2008, demonstrierten Münchner Jugendliche, was das geplante Versammlungsgesetz bedeutet: weiße Fahnen und Transparente, Schweigen ... Polizeieinsatzleiter Jochen Geißer freute sich: „Geil, ein Schweigemarsch.“

21. Juni - 11 Uhr
Gewerkschaftshaus
Schwanthaler Str. 64
Demonstration zur CSU-Zentrale

Spitzelaffäre bei Telekom

Ausgerechnet die Telekom ließ Mitarbeiter und Journalisten in großem Stil überwachen. Der Auftrag soll von ganz oben gekommen sein, von Zumwinkel und/oder Kai-Uwe Ricke (Vorgänger von Obermann als Vorstandsvorsitzender). Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Bei der Telekom laufen jedes Jahr 120 Milliarden Datensätze auf. In Deutschland gelten angeblich die höchsten Sicherheitsstandards.

Aber wenn die Order von ganz oben kommt, werden die Sicherheitsstandards eben ausgeschaltet. Auch in Finnland gab es 2002 eine ähnliche Schnüffelei der dortigen Telefongesellschaft. Wie viele Firmen mögen ihre Beschäftigten überwachen? Lidl, Ikea, Burger King sind sicher nur die Spitze des Eisbergs.

Ziel der Telekom-Oberen war es, undichte Stellen im Betrieb aufzuspüren und missliebige Journalisten zu überwachen, die diese Informationen veröffentlichten. So wurde ein Journalist der Financial Times Deutschland - also kein linkes Blatt - bis in die Privatsphäre komplett ausgespäht: die ganze Familie durchleuchtet, sämtliche Wohnsitze, mögliche Vorstrafen oder Seitensprünge gesucht usw.

Diese Vorgänge sind die Folgen der Privatisierung der Telekom, die eine Enteignung der deutschen Bevölkerung bedeutete. Der Konzern ist jetzt nur noch an einer hohen Rendite interessiert. Und jeder

Fortsetzung auf Seite 4

In dieser Ausgabe:

Tibet-Kampagne: Deutsche Strategie gegen China! 6

Afghanistan: Kinder sind die Opfer der Eskalation! 7

Nokia Siemens Network: Wohin geht die Reise? 8



Der Mindestlohn muss her!

Zum Volksbegehren des DGB in Bayern siehe Artikel auf Seite 3



Noch vor der Sommerpause will die bayerische Staatsregierung trotz vielfältiger Proteste ein neues Versammlungsrecht beschließen. Sie behauptet, damit Versammlungen und Aufmärsche faschistischer Organisationen verhindern zu wollen. Doch dieses geplante Gesetz, mit dem die Staatsregierung bundesweit vorprescht, ist ein weiterer Angriff auf die Rechte aller demokratischen Kräfte in diesem Land, da es das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit weitgehend aushebelt. Es ist ein Angriff auch auf die Gewerkschaften!

Rettet unser Demonstrationsrecht!

Es erschwert Streiks. Versammlungen müssen 72 Stunden vorher angekündigt werden. Wie praktisch für die Unternehmer! Sie werden ausreichend Zeit haben, Gegenmaßnahmen zu treffen. So werden viele Streiks wirkungslos. Bei Verstoß dagegen droht ein Bußgeld bis zu 3.000 Euro. Gleichzeitig sieht das Gesetz vor, dass Dritte vor unzumutbarer Beeinträchtigung durch Versammlungen oder Demonstrationen geschützt werden müssen. Da kann sich schnell der eine oder andere Ladenbesitzer oder Autofahrer finden, der Streikversammlungen als unzumutbar empfindet. Wer bekommt dann Recht?

Ein geschlossenes Auftreten mit z.B. Streikwesten, Gewerkschaftskappen, Fahnen usw. kann unter das Uniformierungsverbot fallen oder auf die Unternehmer „einschüchternd wirken“ - und das soll zukünftig verboten sein. Wird von der Polizei ein Kleidungsstück o.ä. als Uniformierung empfunden, droht den Teilnehmern eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr.

Versammlungen und Demonstrationen sollen dazu benutzt werden, Daten zu sammeln. So sollen die Personalien aller Ordner bekannt gegeben werden. Regelung zur Speicherung dieser Daten sind nicht vorgesehen. Die Gewinnung von Ordnern

wird dadurch noch schwieriger werden. Die Polizei soll ermächtigt werden, von jeder Versammlung - also auch Gewerkschaftsversammlungen, Streikversammlungen - Übersichtsaufnahmen und -aufzeichnungen zu machen. Diese müssen nur gelöscht werden, „soweit sie nicht benötigt werden“. Es wird also eine riesige Datensammlung von aktiven Gewerkschaftern geben. Wofür brauchen sie das, wenn nicht dafür, uns zu kontrollieren und gegebenenfalls jeden Widerstand gegen Kapital und Regierung zu unterdrücken? Sollte eine reaktionäre Regierung große Streiks befürchten, so kann sie schon vorher aktive Gewerkschafter verhaften lassen.

Die Behörde kann Versammlungsleiter und Ordner, auch bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen, als „ungeeignet“ ablehnen, wenn sie ihrer Meinung nach „die Friedlichkeit der Versammlung“ gefährden. Wann endet die „Friedlichkeit“? Bei Aufruf zur Blockade einer Straße, eines Betriebs, von Eisenbahnknotenpunkten? Sollen wir uns in Zukunft von der Polizei vorschreiben lassen, wer reden oder ordnen darf? Wenn es nach dem geplanten bayerischen Versammlungsgesetz geht, wird das so sein. gr

**Kommt alle zur Demonstration der Gewerkschaften!
Nehmt Kolleginnen und Kollegen, Männer, Frauen und Kinder mit! Dieser Angriff auf unsere Rechte muss verhindert werden!**



Nazi-Gewalt nimmt zu

Im neuen Verfassungsschutzbericht des bayerischen Innenministeriums wird festgestellt, dass die Zahl rechter Gewalttaten von 47 im Jahr 2006 auf 82 im vergangenen Jahr gestiegen ist, also um fast 80 Prozent. Bei Körperverletzung mit „fremdenfeindlichem Hintergrund“ besteht sogar eine Steigerung um fast 150 Prozent. Das Konzept der CSU seit Jahrzehnten, den Neonazis das Wasser abzugraben, indem sie selber immer weiter nach rechts rückt, ist also nicht aufgegangen. Die CSU hat gegen Flüchtlinge gehetzt und im letzten Kommunalwahlkampf ausländische Jugendliche generell in polemischer Art als Gewalttäter dargestellt. Trotzdem werden die Neofaschisten auch in Bayern immer stärker.

Als Maßnahme gegen diese Entwicklung kann die CSU-Justizministerin nur das geplante Versammlungsrecht nennen. Aber in Wirklichkeit werden darin demokratische Grundrechte abgebaut.

Das Erstarken des Nazis ließe sich besser anders bekämpfen: zum Beispiel durch ein Verbot der NPD!

rem

Die personifizierte Nazi-Gewalt: Rene Laube



Der Mindestlohn muss her!

Der DGB Bayern hat ein Volksbegehren für einen Mindestlohn in Bayern gestartet, nachdem von der Bundesregierung ein entsprechendes Gesetz nicht zu erwarten ist. Er stützt sich dabei auf die Bayerische Verfassung (Artikel 169 Abs. 1): „Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.“

Diese Mindestlebenshaltung ist für viele Menschen in Bayern nämlich nicht gewährleistet, sie sind arm trotz Arbeit.

377.000 Menschen in Bayern müssen zusätzlich zu ihrer regulären Arbeit einen Nebenjob ausüben, weil ihr Einkommen nicht ausreicht.

743.000 Menschen in Bayern verdienen weniger als 400 Euro pro Monat.

Jede oder jeder Achte in Bayern ist Hartz-IV-Aufstocker, d.h. der Verdienst muss durch Hartz IV ergänzt werden, damit die Miete und die Lebenshaltungskosten aufgebracht werden können.

Dazu kommen Hunderttausende, die nur fünf bis sechs Euro verdienen, vor allem Frauen oder auch Leiharbeiter. Es sind zu 60 Prozent Menschen, die eine qualifizierte Berufsausbildung vorweisen können.

Kolleginnen und Kollegen, sagt jetzt nicht: das geht mich gar nichts an!

Inzwischen setzen immer mehr Unternehmen auf Aushebelung der Tariflöhne, kürzen das Urlaubs- und Weihnachtsgeld, verlängern die Arbeitszeit (was ja ohne Lohnausgleich Lohnsenkung bedeutet!). Der Niedriglohnsektor wird immer größer. Lohndumping ist Trumpf im Rennen um die höchsten Profite. Die Niedriglöhne

drücken insgesamt das Lohnniveau.

Auch der Staat hat das Seine dazu beigetragen. Die Einführung von Hartz IV war das Werk der SPD-geführten Bundesregierung (natürlich unter dem Beifall der CDU/CSU und der FDP). Und Hartz IV hat die Situation dramatisch verschärft. Mit der Änderung der Zumutbarkeitsregeln sind alle Schranken gefallen. Erwerbslose werden gezwungen, jeden Job anzunehmen, auch bei einer Bezahlung von 30 Prozent unter Tariflohn. Für Wach- und Sicherheitspersonal bedeutet dies z. B., dass die Beschäftigten selbst Löhne von drei Euro pro Stunde zu akzeptieren haben. Dazu kommen die Ein-Euro-Jobs, die oft reguläre Arbeitsplätze ersetzen sowie die Ausweitung der Leiharbeit.

Die Unternehmer schreien, ein Mindestlohn würde die Arbeitslosigkeit erhöhen. Das ist ganz offensichtlich Quatsch, denn in fast allen Ländern der Europäischen Union gibt es Mindestlöhne. Nirgendwo wurden schlechte Erfahrungen damit gemacht. In England und Frankreich liegen sie bei etwa 8 Euro, und sie werden der Inflation angepasst.

Der Gesetzesvorschlag des DGB Bayern enthält keinen Vorschlag für einen bestimmten Stundenlohn, denn in ein paar Jahren wäre er überholt, er muss ja laufend erhöht werden. Die Gefahr besteht darin, dass ein zu niedriger Mindestlohn von der bayerischen Staatsregierung beschlossen wird. Denn dies würde die Tendenz zum Lohndumping weiter verstärken. Als Zielvorstellung sollten wir uns an den Postmindestlohn von 9,80 Euro halten. Auch die Pfändungsfreigrenze von zur Zeit 985 Euro ist ein Anhaltspunkt. Der Mindestlohn sollte die Pfändungsfreigrenze unbedingt überschreiten - also 1.500 Euro



monatlich oder 10 Euro pro Stunde muss er betragen, um den Lebensunterhalt zu sichern. Eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben mit Kollegen und Freunden, Kultur und Sport ist damit noch kaum möglich - auch das muss schließlich sein und spricht die bayerische Verfassung mit Recht an!

Deshalb unterschreibt das Volksbegehren! Fordert Listen beim DGB an. Macht Druck, wenn Leiharbeiter unter dem betrieblichen Niveau bezahlt werden!

Mindestlohn statt Höchstprofit!

rem



Ein Bild, das immer häufiger zu sehen ist.

AufDraht-Quiz

Ein Monatseinkommen von **1.116.124 €**, wer hat das schon?

- A René Obermann, Deutsche Telekom
- B Hakan Samuelsson, MAN
- C Michael Ballak, Deutschland
- D Josef Ackermann, Deutsche Bank

Auflösung auf Seite 7



Fortsetzung von Seite 1

Spitzelaffäre bei Telekom

Privatisierungsschritt beweist den Wirtschaftseliten, dass die Gesetze für ihre Bedürfnisse geschneidert werden (s. auch den Artikel „Der gekaufte Staat“ auf Seite 5) oder aber dass sie gegenenfalls auch missachten werden.

Die Vorratsdatenspeicherung, die gerade eingeführt wurde, macht den Datenmissbrauch und die kriminelle Überwachung jetzt noch leichter. Die Telekomaffäre zeigt, wie gefährlich dieses Gesetz für uns ist. Aber die Konsequenz, das Gesetz wieder zu kippen, liegt der Regierung fern.

rem

Mächtig Wind bei der Telekom

DEUTSCHE TELEKOM:

„Wie-Typ“ oder „Warum-Typ“

Bei der Telekom-Tochter DTTS (Deutsche Telekom Technischer Service GmbH) hat jeder Beschäftigte als kleine „Gegenleistung“ für die vom Arbeitgeber durchgesetzte längere Arbeitszeit einen sogenannten Qualifizierungsanspruch. In den ersten Wochen nach dem Tarifabschluss wurde von den Tarifvertragsparteien verbreitet, jedem Beschäftigten werde ein ganz persönlicher, individueller Qualifizierungswunsch erfüllt. Das beinhaltet auch die Möglichkeit, sich mit Zuschüssen des Arbeitgebers auch außerhalb des Betriebes weiterzubilden.

Inzwischen ist diese Option „kassiert“ und der Gesamtbetriebsrat hat sich mit dem Arbeitgeber auf eine entkernte, rein den Bedürfnissen der Telekom entgegenkommende Variante verständigt. Einige Betriebsräte argumentieren auch damit, dass die für die Schulung verbrauchte Zeit immerhin mithilfe, Dienstposten zu sichern.

Unter dem Banner „Servicequalifikation“ wird nun der „verkaufsorientierte Mitarbeiter“ kreiert. Er soll den Kunden „abchecken“ und mit den neu erworbenen Fähigkeiten jede Möglichkeit, die der unbedarfte Kunde eröffnet, zur Umsatzmehrung nutzen.

Inzwischen wird vom Arbeitgeber ein „Zufriedenheitscheck“ durchgeführt. Überraschend viele Mitarbeiter beurteilen Inhalte und Form der Schulungen mit gut. Viele „Lehrer“ verzichten inzwischen auf den „Motivationsteil“ der Seminare. Das hat sich positiv auf das Klima in den Schu-

lungen ausgewirkt. Motivationskampagnen werten viele Beschäftigte als „Manipulationskampagnen“ und gelegentlich lassen sich die Vortragenden auch dazu hinreißen. Im persönlichen Gespräch berichten Kollegen aber auch von erheblichen Verärgerungen und obskurem Lehrpersonal.

Einige bringen recht kuriose Vorstellungen ihrer Aufgabe mit. So wurden z.B. zu Beginn eines Seminars die Beschäftigten in zwei Gruppen, nämlich die eher Depressiven (Bedenkenträger, Kritiker, Schwarzseher, leistungsgeminderte Illoyale) und die Optimisten, die „anpacken“, auseinander dividiert.

Mit den „Siegertypen“ so wurde fabuliert, möchte der Arbeitgeber „eine Kultur der Gewinner“ etablieren. Kritik wurde mit der Gegenfrage „wenn es euch nicht gefällt - warum seid ihr noch immer da“ beantwortet.

Sinnvoll an den Schulungen ist die Sensibilisierung der Kollegen für die Bedürfnisse der Kunden. In verschiedenen praktischen Übungen und Rollenspielen wird dieses Wissen vermittelt. Allzu viel sollte man sich aber nicht davon versprechen. So ist eine der „Prüfungsfragen“: Welcher Typ sei im Service gefragt?, der „Wie-Typ“ oder der „Warum-Typ“, mit der Antwort „der Wie-Typ“ anzukreuzen.

„Warum drückt die Telekom den Lohn der Beschäftigten?“ ist z.B. so eine Warum-Typ-Frage. Kein Wunder, dass die Telekom die „Warum - Typen“ nicht mag.

Ernst Stadler

Mitarbeiterbefragung bundesweit „grottenschlecht“

Die Stimmung der Mitarbeiter ist bei der Telekom-Tochter DTTS weiterhin „grottenschlecht“. Das belegen Umfragen, die der Konzern in regelmäßigen Abständen innerbetrieblich durchführen lässt. Herausragend im negativen Sinn ist nach wie vor die Niederlassung Süd der DTTS. Führungskräfte stehen vor einem Rätsel.

Der Angriff der Telekom auf die Mitarbeiter und der daraus folgende Tarifkampf haben nachhaltige innerbetriebliche Auswirkungen. Während des letzten Tarifkampfes ging die Konzernleitung davon aus, die Beschäftigten würden sich etwa drei Monate nach Streikende mit den Folgen des Tarifkampfes abfinden und mit dem Arbeitgeber wieder „versöhnen“.

Das führt inzwischen zu einigen absurden Entwicklungen. So versuchen inzwischen Vorgesetzte, die Kollegen zu „Rechtfertigungen“ zu zwingen, weil sie den Arbeitgeber „nicht mehr lieben“. Anscheinend wird auch der Zeitabstand zwischen den Befragungen in der Hoffnung verringert, die Beschäftigten würden irgendwann resigniert das „ich liebe dich“ ankreuzen. Eine entnervte Führungskraft bemerkte: „wenn sie uns nichts mehr glauben, rentiert es sich auch nicht mehr, dass wir etwas für sie tun ...“

Ernst Stadler

Wesentliche Gesetzesvorlagen schreibt das deutsche Großkapital lieber selbst, statt dies den Beamten in den Ministerien zu überlassen. Rund 300 Vertreter von Unternehmen und Verbänden haben allein in den Jahren 2004 bis 2006 in Bundesministerien gearbeitet und wurden überwiegend von ihren „Entleihfirmen“ auch weiter bezahlt. Manche arbeiteten sogar als weisungsberechtigte Referatsleiter und anderen Schlüsselpositionen. Zu diesem Ergebnis kommt der Bundesrechnungshof (ARD-Magazin „Monitor“, 3.4., 21.45 Uhr). Auch ihm fiel auf, dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt, sondern um eine systematische Infiltrierung der Verwaltung durch Konzerne und Lobbyverbände, so z. B. von Bayer, Daimler, Deutsche Bank, E.on, Siemens und SAP sowie Verbandsfunktionären der Gas-, Pharma- und Bauindustrie. Ein Angestellter von BASF entschärfte z. B. die EU-Chemikalienrichtlinie REACH bis zur Unkenntlichkeit. Im Gesundheitsministerium sorgten Mitarbeiter von Pharmaverbänden



Lobbyisten dominieren die Volksvertretung

Der gekaufte Staat

und Krankenkassen dafür, dass weder Preisobergrenzen für Medikamente noch bessere Präventionsförderung Eingang in die Gesetze zur Gesundheitsreform fanden. Bei Gesetzen zum Fluglärmsschutz oder zur Energiepreisregulierung sparten

die Konzerne Millionensummen durch ihre Lobbyarbeit. (Mehr Beispiele sind zu finden in dem Buch von Sascha Adamek und Kim Otto: „Der gekaufte Staat“)

Deshalb sprechen wir Kommunisten auch davon, dass wir nur vordergründig

ein demokratisches System haben. Eigentlich herrscht bei uns das Großkapital, das nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Politik bestimmt. *rem*

Hierzu schrieb uns ein Telekom-Kollege:

Ein weiteres Beispiel hierfür ist das so genannte Postpersonalrechtsgesetz, das Vertreter der Telekom mitverfassten. Hier wird geregelt, nach welchen Spielregeln Beamte der ehemals staatlichen Unternehmen Post, Postbank und Telekom (Postnachfolgeunternehmen PNU) beschäftigt sind.

Dieses 1994 in Kraft getretene Gesetz war 2004 nach Meinung der PNU nicht mehr auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten.

Sie schrieben neue Regelungen in dieses Gesetz, z.B. die Zuweisung von Beamten zu Tochterunternehmen oder einfachere Beurlaubung zu Unternehmen ohne Beteiligung.

Hierzu eine Aussage von Werner Nokiel, Leiter Konditionen Beamte bei der Telekom AG, im Oktober 2004: „Hinter uns liegt eine arbeitsreiche, spannende Zeit, in der die Deutsche Telekom AG ganz maßgeblich an der Gesetzeskonzeption mitgearbeitet und die Entscheidungsträger in den beteiligten Bundesministerien und im Parlament von der Notwendigkeit zur Novellierung des inzwischen 10 Jahre alten Postpersonalrechtsgesetzes überzeugt hat.“

Weiter merkten die Vertreter der Telekom noch an: „Die Novellierung des Postpersonalrechtsgesetzes enthält so wichtige Punkte wie die Streichung der bisher zehnjährigen Begrenzung von Inanspruchnahmen oder die Möglichkeit zur Zuweisung von Beamten zu anderen Unternehmen, mit der neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden können.“

Mit diesen Beschäftigungsmöglichkeiten war aus heutiger Sicht folgendes gemeint: Zersplitterung vieler Unternehmensbereiche durch Ausgliederung, Bildung neuer GmbHs, Verkäufe ect. Also alles Instrumente, um den Druck auf die Beschäftigten zu erhöhen.

Ich würde die **AufDraht** gerne regelmäßig bekommen - bitte schickt mir immer die neue Ausgabe

Ich will die DKP kennen lernen - bitte schickt mir Informationsmaterial

Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen - bitte schickt mir Informationsmaterial

Name/Vorname

Tel.:

Straße, PLZ und Wohnort

Bitte einsenden an: „Auf Draht“ • c/o KommTreff • Holzapfelstr. 3 • 80339 München



Steinmeier mit dem Generalsekretär der ASEAN beim Schmieden der Achse Berlin-Südostasien

Im letzten Jahr lieferten deutsche Unternehmen Waren im Wert von 969,1 Milliarden Euro ins Ausland. Der Export-Rekord von 2006 wurde damit um 8,5 Prozent übertroffen. Deutschland war damit zum fünften Mal in Folge Exportweltmeister. Dieses Jahr wird wohl Deutschland diesen Titel verlieren – an China.

Die Positionen der immer noch führenden Wirtschaftsmächte (G7-Gruppe) dieser Erde, darunter Deutschland, werden in Frage gestellt von Staaten, die man einst Schwellenländer nannte. Wurde „Globalisierung“ von führenden Politikern noch vor einigen Jahren als Chance gepriesen, mehren sich nun Zweifel: „Ich habe nie daran geglaubt, dass Globalisierung die Staaten und Gesellschaften automatisch immer ähnlicher werden lässt. Was wir tat-

Deutsche Strategien gegen China

sächlich erleben, ist eine extrem uneinheitliche Entwicklung“, so Außenminister Steinmeier in einem Interview mit der Wirtschaftswoche (25.2.08). Die Jagd des Kapitals nach Extraprofit bringt die vermeintlich gute alte Welt durcheinander. „Wir sind in einer Übergangsphase; die Welt sucht nach einer neuen Ordnung.“ Der Platz an der Sonnenseite ist in Gefahr, diese „... dramatische Veränderung der wirtschaftlichen Gewichte“ muss verhindert werden. Klartext von Frank-Walter Steinmeier, als deutscher Außenminister in der Welt unterwegs, um dem deutschen Imperialismus seinen beanspruchten Platz in der Weltordnung zu sichern. Und fuhr nach Verkündung seiner Botschaften Ende Februar fünf Tage nach Südost-Asien, um mit Hilfe des Staatenbundes ASEAN den Aufbau einer Gegenmacht zur Volksrepublik zu forcieren. Auch wenn „... deutsche Außenpolitik nie ohne die Verfolgung deutscher Interessen auskommt“, so schadet es hin und wieder den Geschäftemachern, wenn sich offizielle Repräsentanten (wie Minister) in innere Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Merkel und Steinmeier haben den Dalai Lama bei seinem letzten Besuch nicht empfangen.

Die Einmischung erfolgt durch ande-

re Organisationen. Die bevorstehenden Olympischen Spiele in Peking werden genutzt, um die Volksrepublik China in die Defensive zu drängen.

Der „Tibet-Gesprächskreis“ des Bundestages veranstaltete im November 2007 eine Diskussionsrunde, die sich hauptsächlich um die Frage drehte, „ob die Olympischen Spiele einen Hebel bieten, mit dem die Tibetpolitik Chinas beeinflusst werden kann.“ Die der FDP nahe stehende Friedrich-Naumann-Stiftung hält engste Kontakte zu tibetischen Sezessionisten, deren Ziel ein Großtibet ist. Die Störung des Olympischen Fackellaufes ist eine Kampagne dieser Stiftung.

Neu ist dies alles nicht. Bereits Ende der 30er Jahre geriet Tibet ins Visier deutscher Expansionspläne. Die SS organisierte 1938 eine Expedition, die neben völkisch-rassistischen Experimenten auch militärstrategische Erkundungen zum Ziel hatte. Diese Tibet-Exkursion stellte erste Verbindungen zwischen Berlin und Lhasa her. Der damalige Dalai Lama bot dem „König Herr Hitler“ seine Freundschaft an. Die Kontakte zwischen ehemaligen SS-Männern und führenden Persönlichkeiten Tibets sind auch nach 1945 nie abgerissen.

rw



Fakten zu Tibet im Zusammenhang mit der Anti-China-Kampagne

- Tibet ist zu keinem Zeitpunkt der Geschichte von irgendeinem Land der Welt als eigenständig anerkannt worden. Selbst der Dalai Lama erkennt Tibet neuerdings als integralen Bestandteil Chinas an. (*Tagesspiegel* vom 19.5.2008)
- Vor dem Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee (1949-51) waren 90 Prozent der Tibeter Leibeigene und Sklaven, die von einer Priesterklasse ausgebeutet wurden. Einer kleinen Elite von Geistlichen, Adligen und Verwaltern und einer kleinen Mittelschicht stand eine Mehrheit der Tibeter gegenüber, die bei grausamen Bestrafungen in Rechtlosigkeit, Armut und Unwissenheit gehalten wurde.
- Der Buddhismus, zumindest der tibetische, ist keineswegs eine so friedfertige Religion, wie der Dalai Lama glauben machen will. Die Mönche, zur Elite gehörend, rechtfertigten das gute oder schlechte gegenwärtige Leben mit der guten oder schlechten Lebensweise im vorangegangenen Leben.
- Während der Kulturrevolution (1966-76) wurden tibetische Kulturgüter und Tempel zerstört. Diese Erscheinungen waren jedoch nicht auf Tibet beschränkt. Ab den späten 70er Jahren wurde der Wiederaufbau in Angriff genommen.
- Tibet ist ein autonomes Gebiet (in dem freilich nicht alle Tibeter leben) mit eigener Amtssprache (neben Chinesisch) und eigenen kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen.
- In den letzten 50 Jahren haben sich in Tibet sowohl die Bevölkerung (die Ein-Kind-Regelung gilt - wie für alle anderen Minderheiten - für Tibeter nicht) als auch die Lebenserwartung verdoppelt.
- Die ursprüngliche Sprachregelung in den bürgerlichen Medien zur Darstellung der Ereignisse vom 14. März 2008 - „Friedliche tibetische Proteste werden von chinesischen Behörden gewaltsam niedergeschlagen“ - wird kaum noch wiederholt. Damit wird indirekt zugegeben, dass die offizielle chinesische Darstellung, wonach die Gewalt von Tibetern ausging und sich in erster Linie gegen han-chinesische Privatleute richtete, nicht zu widerlegen ist.

Der Krieg ist längst verloren selbst nach Meinung professioneller Beobachter. Doch die US-Regierung drängt unverdrossen auf eine Truppenverstärkung. Die Bundesregierung dagegen tut immer noch so, als handle es sich um einen Entwicklungshilfeinsatz und verstrickt sich doch laufend in die immer brutalere „Aufstandsbe-kämpfung“. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist ihr Beschluss, die in Nordafghanistan operierende „Quick Reaction Force“ (Schnelle Eingreiftruppe) zu übernehmen. Verteidigungsminister Jung verabschiedete am 3.6.2008 1.200 Soldaten in den Afghanistan-Einsatz, darunter auch 200 Mann der Schnellen Eingreiftruppe. Deren Einsatz ist nicht auf militante Kräfte beschränkt, sondern sie soll auch gegen „gewaltbereite Menschenmengen“ tätig werden. Sie darf auch in den Krieg im Süden eingreifen auf Genehmigung von Kriegsminister Jung.

Angesichts dieser „Befriedungsstrategie“ ist es kein Wunder, wenn immer mehr Menschen den Widerstand unterstützen, obwohl sie keine Anhänger der Taliban waren und sind. Sie machen die Besatzung für tödliche Überfälle, Armut und Erniedrigung verantwortlich.

So gibt es Soldaten der „Schutztruppe“ ISAF, die sich gegenüber der Zivilbevölkerung völlig menschenverachtend verhalten. Nach dem Bericht eines Augenzeugen brachten sie Kinder gezielt in Lebensgefahr: Wenn sie überprüfen wollten, ob in einem Feldstück noch versteckte Minen



Dieses Kind ist Opfer des Bombenagriffs vom 22.5.2006 der westlichen Koalition auf Kandahar

Eskalation in Afghanistan

lagen, warfen sie vor den Augen hungriger Kinder Äpfel hinein. »Wenn die Kinder losliefen, um sich die Äpfel zu holen, und es keinen Knall gab, wurde dieses Feld als geklärt und unvermint betrachtet.« (Ach-im Wohlgetan, Endstation Kabul, Als deutscher Soldat in Afghanistan - ein Insider-

bericht). Und wenn es doch knallte, hatte das Kind eben Pech gehabt.

Deshalb: **Abzug der Bundeswehr und aller NATO-Truppen aus Afghanistan – sofort!** *rem*

Weil die **große Mehrheit** der Bevölkerung in der BRD **für einen Abzug aus Afghanistan** eintritt, will jetzt die CDU die demokratische Kontrolle der Bundeswehreinheiten noch geringer machen. Sie fordert einen „nationalen Sicherheitsrat“, der ohne das Parlament entscheiden kann. Weiter will sie die Bereitstellung der Bundeswehr im Innern, d.h. für den Bürgerkriegseinsatz! Und schließlich eine weitere Militarisierung der Außenpolitik, die Bundeswehr soll auch ohne UN-Mandat zum Einsatz kommen.

Ein Journalist der Süddeutschen Zeitung war entsetzt, dass die Grenzen zwischen Frieden und Krieg im CDU-Papier verschwimmen. Dort heißt es: es lasse sich die „bisherige Trennung von innerer und äußerer Sicherheit oder in Kriegszustand und Friedenszeit nicht länger aufrecht erhalten.“ (nach SZ 7.5.2008). Wer glaubt, es gehe hier gegen fremde „Terroristen“, der irrt. Ein Einsatz der Bundeswehr im Innern bedeutet Einsatz gegen die eigene Bevölkerung.

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

Jetzt 10 Wochen testen!

- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
- An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name _____

Vorname _____

Telefon _____ Geburtsjahr _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

AufDraht-Quiz

Auflösung:

- A** Obermann hat „nur“ 221.500 Euro im Monat
- B** Samuelsson „nur“ 273.800 Euro
- C** Ballak „nur“ 760.000 Euro
- D** Richtig!

(Zahlen nach SZ vom 4.4. und 6.6.2008)

AufDraht

Herausgeber:
DKP München und Gruppe KAZ München

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Bernd Bücking
Hofangerstr. 171 • 81735 München

Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

Jeder, der im Stadtgebiet einen dieser „Handytürme“ sieht, sollte die mit NSN (Nokia Siemens Networks) in Verbindung bringen. Die Beschäftigten bei NSN in der Martinstraße haben schwere Zeiten hinter sich. In aller Stille wurden etwa 800 Kolleginnen und Kollegen abgebaut. Ein Teil ist noch bis 2009 in einer Beschäftigungsgesellschaft untergebracht.

Die miese Stimmung trug dazu bei, dass die Unternehmer ihr Abbauziel erreichten, denn viele junge Ingenieure und Kaufleute suchten selbst das Weite.

Erinnern wir uns: Der Siemens Com Bereich wurde ausgesaugt und weggeworfen, weil die Kapitalrendite von 0,7 Prozent die vorgegebene Marge weit verfehlte. Er wurde eingebracht in ein Joint Venture mit dem finnischen Konzern Nokia, aus dem 2007 NSN hervorging. Kürzlich haben die Kollegen den kläglichen Schluss des Bochumer Nokia-HandyWerks in Fernsehen mitbekommen - kampflos und tränenreich. Es war eine dieser Tragödien, die der Kapitalismus hervorbringt, wie sie in den letzten Jahren vielfach abgingen.

Das hat die wechselnden Stimmungen der NSN-Belegschaft nicht gerade verbessert. Es hat jene bestärkt, die auf „die Finnen“ schimpfen und der Meinung sind, dass es „bei Siemens“ doch besser gewesen sei. Diese Einschätzung wurde allerdings in den letzten Wochen wieder gedämpft durch die immer neuen Enthüllungen über Korruption „im Hause Siemens“. Nun geht sogar „Mister Siemens“ in diesem Sumpf unter.

Gibt es auch gute Unternehmer?

Sind die deutschen Manager anders als die finnischen? Allen Managern dieser Welt ist gemeinsam, dass sie getrieben sind



Die NSN-Kollegen am 8.7.2007 auf der Straße

NSN MÜNCHEN MARTINSTRASSE:

Wohin geht die Reise?

von der Jagd nach Maximalprofit, nach maximaler Rendite des eingesetzten Kapitals! Das Kapital selbst ist unabhängig von der Nationalität, es strebt nach dem Ort des größten Profits, ohne vor Grenzen halt zu machen.

Kollegen, die gerade vom Kapitalismus gebeutel werden, sehen in den deutschen Werten gerne eine Rettung.

Aber Achtung! Der Staat, als vermeintlicher Hüter dieser Werte, spielt da eine fatale Rolle.

Die Unternehmer benutzen den nationalen Staat, um die Bedingungen zur Ausbeutung unserer Arbeitskraft zu verbessern, zum Vorteil der Unternehmer. Das geschieht durch die Versuche, die Mitbestimmung einzuschränken oder die Arbeitszeit zu verlängern, oder auch durch Gesetze wie Hartz IV. Und schließlich durch die vielen Gesetze, die die Unternehmer begünstigen und die Arbeiter und

Angestellten benachteiligen. Der Platz reicht hier nicht, alle aufzuzählen.

Was ist dagegen zu setzen? Das wären Gesetze für uns, wie z.B.:

- Betriebsräte müssen aufschiebendes Vetorecht bekommen bei Standortverlagerungen
- bei Gewinnen des Unternehmens sind Kündigungen verboten
- gesetzliche 35 Stundenwoche wie in Frankreich ...

Das ist nichts anderes als ein Eingriff in das Eigentumsrecht der Unternehmer, aber darunter geht's nicht! Keine Regierung wird uns das schenken. Es bedeutet harten Kampf (Klassenkampf!) - und mit diesem Gedanken müssen sich in Zukunft auch Angestellte und Ingenieure befassen!

krr

MAN NUTZFAHRZEUGE:

Geschäftsführung in die Gewerkschaft?

Auf der letzten Betriebsversammlung im Werk überreichte der Betriebsrat den Vertretern der Geschäftsführung Mai-Abzeichen und Aufnahmeformulare für die IG Metall. Da sollte wohl in aller Öffentlichkeit gezeigt werden, wie gut sich der Betriebsrat mit denen versteht.

Das kam nicht gut an bei vielen Kollegen. Sie haben nicht vergessen, dass sie eine Stunde mehr in der Woche unbezahlt

arbeiten, die ihnen das MAN-Kapital abgepresst hat mit einem Tarifvertrag zur Standortsicherung.

Die Kollegen Betriebsräte sollen sich mal überlegen, dass sie gewählt wurden, um die Interessen der Kollegen zu vertreten. Dass sie parteilich auf der Seite der Kollegen stehen müssen, noch dazu wenn sie IG Metaller sind!

krr

Die DKP im Internet:
www:dkp-muenchen.de

Die KAZ im Internet:
www:kaz-online.de

KAZ

**Kommunistische
Arbeiterzeitung Nr.322**
Dezember 2007 1,50 Euro

**Kapitalisten gegen
Streikrecht und Demokratie**
**Die Kulturrevolution in der
VR China Teil III**

www.kaz-online.de

erscheint vierteljährlich
Einzelheft Euro 1,50
Jahresabo Euro 10,00
Tel/Fax: 0911-356913
e-mail: gruppeKAZ@aol.com

Redaktion der
Kommunistischen
Arbeiterzeitung
Reichstraße 8
90408 Nürnberg